

Kučera, Jaroslav: „Žralok nebude nikdy tak silný.“ Československá zahraniční politika vůči Německu 1945-1948 [„Der Hai wird nie wieder so stark sein.“ Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1945-1948].

Argo, Praha 2005, 200 S. (Edice Historické myšlení 24).

Nach 1945 konnten manche tschechoslowakische Zeitgenossen nicht mehr viel Menschliches in Deutschland und den Deutschen erkennen: „Der Teufel spricht Deutsch“, heißt es etwa in einer Broschüre aus dem Jahr 1945. Informationsminister Václav Kopecký sah im Nachbarland einen gefräßigen Hai. Der allerdings, so meinte er 1946, werde niemals wieder zu seiner bedrohlichen Stärke zurückfinden. Dies war in der Tat eines der wichtigsten deutschlandpolitischen Ziele der ČSR: Der große Nachbar sollte für die Zukunft in einer Weise geschwächt werden, dass niemals wieder eine Gefahr von ihm ausgehen könnte. Die Nachkriegsregierungen der Tschechoslowakei versuchten so gut es ging, diese und andere Vorstellungen durchzusetzen. Welche Ziele die ČSR verfolgte, wie sie im Einzelnen realisiert werden

sollten und wie erfolgreich diese Bemühungen letztlich waren, untersucht Jaroslav Kučera in seiner Studie zur Deutschlandpolitik in den Jahren 1945 bis 1948, die zunächst 2001 in deutscher¹ und nun auch in tschechischer Sprache erschienen ist. Die tschechische Version unterscheidet sich vom Original durch die Berücksichtigung inzwischen veröffentlichter Literatur sowie einige Präzisierungen und Ergänzungen vor allem in den Ausführungen über die Rahmenbedingungen tschechoslowakischer Deutschlandpolitik in der Nachkriegszeit.

Mit seiner Analyse füllt Kučera, der zu den besten Deutschlandkennern unter den tschechischen Zeithistorikern zählt, gleich in mehrfacher Hinsicht Forschungslücken. So viel nämlich über das deutsch-tschechische Nachkriegsverhältnis diskutiert wird, so wenig ist den Beziehungen der Tschechoslowakei zu den deutschen Besatzungszonen bis 1949 und zu den beiden deutschen Staaten sonst Aufmerksamkeit gewidmet worden. Zudem wurde die Deutschlandpolitik der großen Alliierten oft ausführlich thematisiert, die kleineren Verbündeten standen dagegen seltener im Zentrum des Interesses. Wie nun die Tschechoslowakei gegenüber Deutschland agierte, analysiert Kučera auf zwei Ebenen: Zunächst beschreibt er einige Maßnahmen zur Stabilisierung der ČSR, so die Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen und auch territoriale Forderungen. Anschließend untersucht er die Bemühungen um möglichst umfangreiche deutsche Reparations- und Restitutionsleistungen sowie um die äußere Sicherheit durch eine angestrebte Einflussnahme Prags auf die innere Entwicklung Deutschlands. Der Untersuchungszeitraum umfasst die Zeitspanne vom Kriegsende 1945 bis zum Frühling 1948, in dem die Viermächte-Kontrolle über Deutschland de facto zerfiel.

Nach einer Darstellung der Rahmenbedingungen tschechoslowakischer Deutschlandpolitik, die außer durch die zunehmende Polarisierung der internationalen Beziehungen durch einen allgemeinen Linksruck während des Zweiten Weltkrieges sowie die seit 1943 enge Anlehnung der Tschechoslowakei an die Sowjetunion charakterisiert gewesen seien, analysiert Kučera zunächst ausführlich die Frage der Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen. Diese besaß auch außenpolitisch eine große Bedeutung, denn gerade hier konnte sich die Tschechoslowakei auf den sowjetischen Verbündeten verlassen. Der erlaubte die „wilde“ Vertreibung der Deutschen in die SBZ, obwohl dies weder im Interesse der ostdeutschen Kommunisten noch der dortigen Besatzungsbehörden liegen konnte. In anderen Bereichen zeigte sich die Sowjetunion allerdings weniger hilfsbereit, so bei tschechoslowakischen Gebietsforderungen, die Regierungsstellen und gesellschaftliche Interessengruppen recht großzügig formulierten. Besonders aufschlussreich ist die Schilderung der Bemühungen sorbischer Organisationen nach einem Anschluss ihrer Siedlungsgebiete an die ČSR. Nachdem die Sowjetunion klar gemacht hatte, dass dies nicht infrage komme, war auch für die Prager Führung dieses Thema erledigt.

¹ Kučera, Jaroslav: „Der Hai wird nie wieder so stark sein.“ Tschechoslowakische Deutschlandpolitik 1945–1948. Dresden 2001 (Berichte und Studien des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung 34).

Die Grenzen, die kleineren Alliierten bei der Realisierung ihrer deutschlandpolitischen Ziele gesetzt waren, zeigten sich auch in der Reparations- und Restitutionsfrage. Der tschechoslowakischen Delegation gelang es zunächst, ihre Partner auf der Pariser Reparationskonferenz im Jahr 1945 von einem großen Teil ihrer Ansprüche zu überzeugen, obwohl – wie in Prag selbst sehr deutlich erkannt wurde – die Ausgangsposition aufgrund der im Vergleich zu anderen Staaten geringen Kriegsschäden eher schlecht war. Als ein Grund für eine umfangreiche Wiedergutmachung wurde intern lange der Wunsch genannt, eine wirtschaftliche Gesundung Deutschlands vor allem im industriellen Sektor zu verhindern, um sich so vor einer erneuten Aggression zu schützen. Die tschechoslowakischen Verhandlungsführer versuchten zudem zu einem großen Teil erfolgreich, das Vermögen der enteigneten Sudetendeutschen von den eigenen Entschädigungsforderungen zu trennen, denn sonst hätten diese wesentlich bescheidener ausfallen können. Hatte somit die ČSR ihre Interessen in Paris gut vertreten, war der reale Gewinn aufgrund der Entwicklung des Kalten Krieges am Ende aber doch mager.

Die Frage nach der künftigen inneren Ordnung Deutschlands beschäftigte die tschechoslowakischen Entscheidungsträger in einem ebensolchen Maße wie die bisher genannten Themen. Schließlich sollte „der Hai nie wieder so stark“ werden. Ein demokratisches Deutschland ließ sich nach Ansicht vieler Experten aber nur mit einer möglichst langen Besatzung unter tschechoslowakischer Beteiligung sicherstellen. Auf diese Weise sollten gerade auch „revanchistische“ sudetendeutsche Bestrebungen verhindert werden. In manchen Plänen wurde die Vorstellung vertreten, die Besetzung müsse mindestens einige Jahrzehnte dauern. Davon, dass eine ähnliche Gesellschaftsordnung wie in der ČSR einen dauerhaften Frieden sicherstellen könne, waren nicht nur Kommunisten überzeugt: Die Verstaatlichung deutscher Industrien und eine Bodenreform standen daher ebenso auf der Wunschliste wie eine gründliche Umerziehung der Bevölkerung.

Angesichts dieser deutschlandpolitischen Ordnungsvorstellungen versteht es sich von selbst, dass tschechoslowakische Politiker parteiübergreifend die SBZ als besonders zuverlässig betrachteten – dort wurden den vertriebenen Sudetendeutschen schließlich keinerlei Artikulationsmöglichkeiten und Interessenverbände erlaubt und wurde die Entnazifizierung mit mehr Nachdruck als in den westlichen Besatzungszonen vorangetrieben. Zwar hatte sich die Tschechoslowakei vorgestellt, an der zur Erreichung der ordnungspolitischen Ziele notwendigen Kontrolle Deutschlands stärker beteiligt zu werden – aber letztlich besaßen die kleineren alliierten Staaten in deutschlandpolitischen Fragen gegenüber den Großmächten wenig Spielraum und isolierte sich die tschechoslowakische Politik gegenüber den westlichen Staaten aufgrund ihrer engen Anlehnung an die UdSSR immer mehr. Moskau dominierte schließlich die tschechoslowakische Außenpolitik in einer derart massiven Weise, dass deren Gestaltungsmöglichkeiten nur noch sehr gering waren. Als Gegenleistung hatte sie jedoch nur die Unterstützung der Vertreibung und Zwangsaussiedlung erhalten.

Kučeras Studie ist in vielerlei Hinsicht ein Gewinn für die Forschung: Sie basiert auf bisher nicht ausgewerteten tschechischen Quellen in einer außerordentlichen Fülle. Anhand dieser breiten Materialbasis bietet sie einen präzisen Einblick in die

Vorstellungen und Pläne offizieller Stellen sowie die verschiedenen Entwicklungsstadien dieser Konzeptionen. Der Leser kann so den politischen Willensbildungsprozess im Detail nachvollziehen. Bei vielen Themen werden aber auch die Wünsche anderer Interessengruppen als der in der tschechoslowakischen Regierung vertretenen deutlich. Diesem gesellschaftlichen Aspekt der Außenpolitik während des Ost-West-Konflikts sollte in der Tat in der Zukunft wesentlich mehr Aufmerksamkeit als bisher geschenkt werden. Denn dass sich die deutschlandpolitischen Forderungen der Prager Regierungen auch nach 1948 mit den Erwartungen großer Bevölkerungsgruppen deckten, darf getrost vermutet werden.